

Andrew Gamble *Der Thatcherismus in Großbritannien**

Die Parlamentswahl von 1983, die die Konservativen mit einer stark vergrößerten Mehrheit gewonnen haben, ist in der konservativen Presse als eine historische Wahl gefeiert worden, vergleichbar mit anderen Wendepunkten der britischen Wahlgeschichte, etwa denen der Jahre 1945 oder 1906. Sie wurde als die entscheidende Ablehnung begrüßt, die der »Staatssozialismus« bei einer Wahl erfahren habe, sowie als eine Bestätigung für die Unterstützung, auf die die konservative Regierung bei der Fortsetzung ihrer harten Wirtschaftspolitik rechnen kann, wie auch immer diese sich auf Arbeitslosigkeit und Sozialleistungen auswirkt. Viele konservative Kommentatoren haben erklärt, die Schlüsselfrage des Wahlkampfes sei die Regierungsunfähigkeit der Labourpartei aufgrund ihres extremistischen Programmes gewesen. Die Tatsache, daß Labour bei den 83er Wahlen mit einem größeren Abstand geschlagen wurde als jemals zuvor seit den 30er Jahren, wurde als ein Zeichen dafür interpretiert, daß die Labour-Wählerschaft die Linksentwicklung ablehnt, die sich in der Partei seit 1979 vollzogen hat, sowie als Vorzeichen dafür, daß sich im linken Spektrum der britischen Politik eine größere Umgruppierung der Kräfte vollziehen wird. Viele Anhänger der beiden Parteien des neuen Bündnisses, d.h. der Liberalen und der SDP, haben die These vertreten, daß der Niedergang der Labourpartei irreversibel sei und daß es nur möglich sein wird, die Konservativen mit Erfolg herauszufordern, wenn es zur Herausbildung einer neuen linken Gruppierung kommt.

Das wichtigste Merkmal der Wahl von 1983 besteht darin, daß sie den schon lange anhaltenden Trend Labours zum Rückgang bei den Wahlen bestätigt hat. Dabei ist der Stimmenanteil Labours nicht etwa zusammengebrochen, und Labours parlamentarische Vertretung blieb, mit 209 von 650 Sitzen, groß. Dennoch hat die Labour Party immerhin ihr niedrigstes Ergebnis seit 1918 - wo sie mit sehr viel weniger Kandidaten angetreten war - und den größten Rückgang ihres Prozentanteils von Wahl zu Wahl eingefahren. Selbst im Jahre 1931, als die Wahlkatastrophe für Labour, bezogen auf die verlorenen Sitze, viel ausgeprägter war (Labour wurde bei einem Stimmenanteil von 30,6% auf 52 Sitze reduziert), ist der Stimmenanteil der Labourpartei nur um 6,5% zurückgegangen. Bei der Wahl von 1983 ging er um 9,3% auf 27,6% zurück.

Bemerkenswerterweise ist der Stimmenanteil der Labour Party im Unterschied zu dem anderer Parteien bisher weit weniger unregelmäßig angestiegen oder zurückgegangen. Bei keiner Wahl seit 1918 hat er sich um mehr als 10% verändert, ob nach oben oder nach unten (vgl. Tab. 1). Von 1918 bis 1951, wo der Stimmenanteil Labours mit 48,8% seinen Höhepunkt erreichte, befand sich Labour in einem aufsteigenden Wahltrend. Nur bei zwei Wahlen mußte Labour einen Rückgang ihres Stimmenanteils hinnehmen. Seit 1951 besteht dagegen ein Trend nach unten. Die Labourpartei mußte bei sechs Wahlen einen Rückgang ihres Stimmenanteils hinnehmen und hatte nur bei drei Wahlen geringe Zuwächse zu ver-

* Die Übersetzung besorgten Willfried Spohn und Frieder O. Wolf

zeichnen. Bei keiner der vier Parlamentswahlen seit 1970 konnte Labour mehr als 40% der Stimmen auf sich vereinigen, auch wenn es ihr nach zwei dieser Wahlen gelungen ist, die Regierung zu bilden.

Tabelle 1: Fluktuation des Stimmenanteils der Labourpartei bei den Wahlen

1922	+7,3%	1945	+9,9%	1966	+3,8%
1923	+1,0%	1950	-1,7%	1970	-4,9%
1924	+2,5%	1951	+2,7%	1974	-5,9%
1929	+4,1%	1955	-2,4%	1974	+2,1%
1931	-6,5%	1959	-2,6%	1979	-3,3%
1935	+7,3%	1964	+0,3%	1983	-9,3%

Mit der Wahl von 1983 ist ein sehr großer Abstand zwischen den Wahlstimmen der Konservativen und der Labour Party hergestellt worden. Er beträgt jetzt 14,8 Prozentpunkte. Dadurch ist das Zwei-Parteien-System, für das seit den 40er Jahren der sehr geringe Abstand in Wahlstimmen zwischen den beiden Hauptparteien kennzeichnend war (ganz unabhängig davon, welchen Ausdruck dies auf der Ebene der Sitzverteilung gefunden hat), aus dem Gleichgewicht geraten. Dabei ist dieses neue Übergewicht der Konservativen nicht einmal auf eine gestärkte Position der Konservativen hinsichtlich der Stimmenanzahl zurückzuführen. Im Vergleich mit 1979 ist der Stimmenanteil der Konservativen bei der Wahl von 1983 sogar um 1,5% zurückgegangen. Sie haben zwar sehr viel mehr Sitze im Parlament gewonnen, aber das läßt sich hauptsächlich auf die Funktionsweise des britischen Wahlsystems zurückzuführen: Die Zersplitterung der Opposition sicherte ihnen einen parlamentarischen Triumph. Gemessen an den Wahlstimmen war das Ergebnis der Konservativen allerdings eine Enttäuschung. Bekanntlich wollte Margaret Thatcher der erste britische Premier werden, der seit den Wahlen von 1935 eine Mehrheit von über 50% der abgegebenen Stimmen hinter sich bringt. Aber tatsächlich gelang es den Konservativen nicht, ihre Wählerbasis insgesamt zu erweitern. Bei den Wahlen von 1951, 1955, 1959 und 1970 hatten sie schon höhere Prozentzahlen erzielt. Bemerkenswerterweise ist ihr 1983er Stimmenanteil der niedrigste, den irgendein konservativer Wahlsieger seit Bonar Law im Jahre 1922 erzielt hat. In den letzten 40 Jahren haben die Konservativen nur dreimal schlechtere Wahlergebnisse erzielt: Im Jahre 1945 und bei den zwei Wahlen des Jahres 1974.

Immerhin ist der konservative Wahlerfolg im Jahre 1983 - auch wenn es kein uneingeschränkter Triumph war - doch noch eindrucksvoll gewesen. Es ist die erste Regierung in Großbritannien, die seit 1959 wiedergewählt worden ist, nachdem sie eine volle Legislaturperiode lang durchgehalten hatte; und die Konservativen haben dies nur 18 Monate nach dem Zeitpunkt erreicht, zu dem die Thatcher-Regierung und ihre Premierministerin in den Meinungsumfragen als die unpopulärste Regierung notiert wurde, die jemals in Umfragen erfaßt wurde. Ein Grund für diesen Erfolg ist sicherlich die Zersplitterung der Opposition, aber ebenso wichtig war auch die Fähigkeit der Thatcher-Regierung, die Kohärenz und den Schwung ihrer politischen Strategien durchzuhalten und von sich aus die politische Initiative zu ergreifen, am deutlichsten zur Zeit des Falkland-Krieges.

Die Wahl von 1983 hat also ebenso den fortgesetzten Niedergang der Labourpartei bestätigt, wie er der Thatcher-Regierung die entscheidende zweite Legislaturperiode verschafft

hat, von der ihre führenden Strategen immer behauptet haben, sie sei notwendig, um den Niedergang Großbritanniens abwenden zu können. Aber die Wahl hat den Konservativen nicht in relevantem Umfang neue Kräfte zugeführt. Gemessen in Wählerstimmen bleiben sie eine Minderheit: 57,6% der abgegebenen Stimmen wurden gegen die Thatcher-Regierung abgegeben; bezogen auf die Zahl der Stimmberechtigten erzielten sie sogar nur 30,8%. Der Erdrutschsieg auf der Ebene der Parlamentssitze bleibt zwar eindrucksvoll, aber insgesamt hält die Wahl keinen Vergleich mit konservativen Triumphphen der Vergangenheit aus, etwa denen der Wahlen von 1935, 1931, 1900 oder 1895. Bei allen diesen Wahlen erzielten die Konservativen mehr als 50% der abgegebenen Stimmen und beherrschten die britische Politik in viel größerem Ausmaß, als es seitdem je wieder vorkam. Nachdem Thatcher im Jahre 1975 die Führung der Konservativen übernommen hatte, kam immerhin der langfristig sich vollziehende Niedergang der Konservativen auf der Ebene der Wahlstimmen zum Stillstand und konnte die Wählerbasis teilweise wieder ausgebaut werden. Bei den Wahlen vom Oktober 1974 war der Stimmenanteil der Konservativen auf 35,8% heruntergegangen und hatte damit den Tiefpunkt in der konservativen Parteigeschichte der letzten hundert Jahre erreicht. Das vorherrschende Parteiensystem, wie es für die beiden früheren Perioden der konservativen Vorherrschaft - die von 1886 bis 1906 und die von 1916 bis 1945 - kennzeichnend war, ist bis heute noch nicht wiederhergestellt. Bei den Wahlen von 1983 gab es keine positive Wählerbewegung zur Thatcher-Regierung hin, sondern nur eine weitere Bewegung weg von der Labourpartei.

Eher verdient es daher die Wahl von 1979 als ein Ereignis betrachtet zu werden, das einen historischen Wendepunkt markiert; denn bei dieser Wahl schnitten die Konservativen zum ersten Mal wieder bei einer Wahl gut ab, was sich dann 1983 im Großen und Ganzen auch bestätigt hat.

Tabelle 2: Die Wahlen der Jahre 1979 und 1983

	Sitze		% der abg. Stimmen		Sitze gem. Verh.-Wahl (geschätzt)
	1979	1983	1979	1983	
Konservative	339	397	43,3	42,4	270
Labour	269	209	36,9	27,6	190
SDP/Liberale	11	23	13,8	25,4	170

Die Erholung des konservativen Stimmenanteils war bei den Wahlen von 1979 am ausgeprägtesten in England, besonders in Südengland und in den Midlands. Die Wählerbewegung zugunsten der Konservativen war in Schottland und in den Industriegebieten Nordenglands deutlich schwächer, wodurch die bereits ausgeprägte regionale Verzerrung der konservativen Wählerbasis noch weiter verstärkt wurde. Die Konservativen sind zu einer viel weniger gesamtnationalen und in ihrer Wählerbasis viel schmaleren Partei geworden, als sie es früher gewesen sind. Zu einem ganz überwältigenden Anteil sind sie zur Partei des zentralen Wirtschaftsraumes des Südens und des Südostens geworden, während die Labourpartei in ihre industriellen Kerngebiete im Norden zurückgedrängt wurde. Am verhängnisvollsten ist dabei für Labour nicht nur, daß sie im Süden Englands, außerhalb Londons, bloß vier Sitze hat gewinnen können, sondern daß sie auch in den meisten Wahlkreisen des Südens und der Midlands durch das Bündnis von Liberalen und SDP vom Platz der

zweitstärksten Partei verdrängt wurde. Insgesamt kommt in dem verbesserten Abschneiden der Konservativen bei den Wahlen von 1979 und der Bestätigung dieses Trends durch die Wahlen von 1983 also nicht die Herausbildung eines neuen, unbesiegbaren Wahlbündnis auf der rechten Seite des britischen politischen Spektrums zum Ausdruck. Aber es hat immerhin die formelle Kontrolle des Staatsapparates wieder in die Hände der Konservativen Partei übergehen lassen. Die Konservativen haben eine Führung gefunden, die über eine klare strategische Konzeption verfügt und weiß, was sie will und wie sie es erreichen will. Die Überzeugung des politischen Kurses, die die Konservativen vermitteln konnten, sowie die erfolgreiche Erringung eines Mandates für eine zweite Legislaturperiode, bedeuten jetzt, daß der Wahlerfolg von 1979 eine zusätzliche Bedeutung für die Anhänger ebenso wie für die Gegner des Thatcherismus gewonnen haben – als Markierungspunkt einer neuen Phase der britischen Politik.

Die britische Krise

Das politische Programm des Thatcherismus stellt eine Antwort auf zwei Ereignisse dar: auf die weltweite Akkumulationskrise und auf das Fehlschlagen aller Versuche, den Niedergang der britischen Volkswirtschaft aufzuhalten. Wegen des Grades ihrer weltwirtschaftlichen Abhängigkeit hat das Ende des langen Aufschwunges der 50er und 60er Jahre ebenso wie die beiden allgemeinen Weltwirtschaftsrezessionen von 1974/75 und 1979/81 die britische Wirtschaft schwer getroffen. Wie auch andere Länder stand Großbritannien in den 70er Jahren vor den Problemen einer sich beschleunigenden Inflation, einer steigenden Arbeitslosigkeit, einer Profitkrise in der Privatwirtschaft und einer Steuerkrise im öffentlichen Sektor. Aber diese Probleme waren in Großbritannien aufgrund des relativen Abstiegs der britischen Volkswirtschaft, wie er sich von 1951 bis 1973 vollzogen hatte, schärfer ausgeprägt. In diesem Zeitraum war es zur Entstehung eines deutlichen Abstandes in der Produktivität zwischen Großbritannien und den führenden EG-Staaten sowie Japan gekommen. Nach einer damals vorgenommenen Schätzung würde die britische Volkswirtschaft, wenn sie das von ihr in den späten 70er Jahren vorgelegte Wachstumstempo beibehalten würde, bis zum Jahre 2053 brauchen, um das *gegenwärtige* Niveau des Bruttosozialprodukts der BRD zu erreichen. Obwohl die britische Volkswirtschaft während des langen Aufschwunges schneller als jemals seit einem Jahrhundert gewachsen war, lag sie damit vergleichsweise weit zurück, und war bis zu den 70er Jahren ihre relative Bedeutung innerhalb der kapitalistischen Welt beträchtlich gesunken.

Dieser relative wirtschaftliche Niedergang Großbritanniens war mit einem absoluten Rückgang der militärischen und politischen Macht des britischen Staates Hand in Hand gegangen. Der spezifische Charakter der ökonomischen und politischen Krise, die in Großbritannien vorliegt, läßt sich allein im Zusammenhang mit Großbritanniens doppeltem Status als ehemaligem Führungsland innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft und als dem Zentrum des größten Weltreiches des 19. Jahrhunderts begreifen.

Während der gesamten, lange andauernden Periode des Niederganges war die britische Politik noch von Konzeptionen und Interessen bestimmt, die sich während Großbritanniens Aufstieg zur Weltmacht entwickelt hatten. Dabei handelte es sich nicht nur um strategische und politische Konzeptionen, wie die der Kontrolle der Meere und die des Gleichgewichtes der Kräfte in Europa, sondern durchaus auch um ökonomische: die Idee einer offe-

nen Weltwirtschaft, in der sich Kapitalgüter und Arbeit frei bewegen können. Die britische Weltmacht im 19. Jahrhundert ruhte auf zwei Säulen: auf der überlegenen Produktivität der britischen Industrien und des britischen Handels sowie darauf, daß es Großbritannien gelungen war, ein Weltreich zu konsolidieren, das ein Viertel der Festlandsfläche der Erde umfaßte. Die Geschichte des britischen Niederganges ist einerseits die des Prozesses, durch den Großbritannien den Willen und die Mittel zur Aufrechterhaltung dieses seines Weltreiches verloren hat, und andererseits ist es die Geschichte des Prozesses, in dem sich das britische Kapital als unfähig erwies, der Herausforderung durch neue industrielle Rivalen zu begegnen, so daß die Position des britischen Staates als des selbstverständlichen, automatischen Führungslandes der Weltwirtschaft unterhöhlt wurde.

Die Beziehung zwischen Großbritannien und den USA war für beide Prozesse von zentraler Bedeutung. Die Briten zeigten sich willig, die Verantwortung zur Übernahme von Staatsfunktionen für die Weltwirtschaft zunächst mit den Amerikanern zu teilen und sie dann auf sie zu übertragen. Die USA übernahmen nach 1945 zu einem großen Teil die frühere Rolle Großbritanniens in der Weltwirtschaft, bestärkten Großbritannien aber weiterhin darin, so aufzutreten, als ob es immer noch eine Weltmacht sei. Als der wichtigste Verbündete der USA hat Großbritannien durch ein sehr hohes Niveau von Rüstungsausgaben, vor allem für Militärbasen in Übersee, sowie durch die Aufrechterhaltung der Rolle des britischen Pfundes als Reservewährung seinen Beitrag zur neuen weltweiten Politik der USA geleistet. Eine relevante Umstrukturierung der Volkswirtschaft bzw. eine entsprechende Umorientierung der staatlichen Politik, die der neuen, untergeordneten und verletzlichen Position der britischen Volkswirtschaft angemessen wäre, wurde nicht erzielt. Etwa in den 60er Jahren wurde vielen Briten klar, welche Belastung diese »besonderen Beziehungen« zu den USA bedeuteten, und die Kritik an der Außenwirtschaftspolitik der Nachkriegszeit war eine der Grundlagen für das Modernisierungsprogramm der 50er Jahre - insbesondere für das »New Britain«-Programm der Labour-Regierung von 1964. Der Gedanke der »Modernisierung« war eng mit einer neuen Einschätzung der britischen Rolle in der Welt verknüpft - und zog die britischen Anträge für einen Beitritt nach sich. Diese Option führte dann andererseits zu einer Beschleunigung des Rückzuges aus dem *Empire* sowie dazu, daß einige der Illusionen und der Belastungen, die mit Großbritanniens Status als Großmacht verknüpft waren, fallen gelassen wurden. In der Tat wurde der Rückzug aus dem *Empire* erfolgreich durchgeführt, ebenso wurde der Beitritt zur EWG erreicht, aber die traditionelle Priorität der außenwirtschaftlichen Bilanz wurde nicht überwunden und die Fortschritte, die hinsichtlich einer Behebung der schon lange bestehenden Investitions-, Design- und Arbeitsbeziehungs-Probleme gemacht wurden, vollzogen sich sehr langsam. Bis 1973 war es einigen Sektoren der britischen Volkswirtschaft - insbesondere dem Finanz- und dem multinationalen Sektor - im Rahmen einer von den USA beherrschten Weltwirtschaft gut gegangen. Aber das stimmte für den größeren Teil des Kapitals in den Bereichen des herstellenden Gewerbes eben nicht, deren mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, bezogen auf die Weltmarktkonkurrenz, vielmehr beständig zugenommen hatte. Der Verlust von Arbeitsplätzen in traditionellen Industrien des herstellenden Gewerbes ist nicht auf Großbritannien beschränkt, aber in Großbritannien hat sich dieser Prozeß besonders scharf ausgewirkt, da in einem großen Teil der britischen Industrie ohnehin schon ein Personalüberhang bestand und die Anlagen überaltert waren. Demgemäß fiel in den letzten Jahren in Großbritannien sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Inflation höher aus als in den meisten anderen OECD-Ländern.

Solange Großbritannien noch eine Weltmacht war, ist mehrere Male der Versuch gemacht worden, den relativen Niedergang durch eine Politik des Protektionismus und staatlich gelenkter Investitionen aufzuhalten. Dies war die Hauptstoßrichtung des sozialimperialistischen Politikprogramms des Jahrhundertanfangs sowie des faschistischen Programms Mosleys in den 30er Jahren und in geringerem Grade auch das wirkliche Programm, das sich die nationale Regierung zueigengemacht hat. Aber diese alternativen Wirtschaftsstrategien hatten die Existenz des britischen *Empires* zur Voraussetzung und liefen auf den Vorschlag hinaus, einen autarken Block innerhalb der Weltwirtschaft zu schaffen, der als Grundlage für den Wohlstand und die militärische Stärke Großbritanniens dienen könnte, die gebraucht wurde, um die britischen Interessen gegen jede Herausforderung zu verteidigen. Die Schaffung eines derartigen Blocks würde aber auch bedeuten, daß man auf die Vorteile verzichten müßte, die sich aus der Bemühung um die Aufrechterhaltung einer offenen Weltwirtschaft ergaben. In dieser Frage war das britische Kapital aber immer gespalten, und das Programm des Sozialimperialismus war ein Mißerfolg.

Was demgegenüber am Thatcherismus so auffällig ist, ist der Umstand, daß sein Programm für eine wirtschaftliche Neubelebung in keiner Weise auf einem Versuch beruht, die britische Volkswirtschaft gegenüber den Kräften des Weltmarktes abzuschirmen, sondern im Gegenteil geradezu darum bemüht ist, sie ihnen noch stärker auszusetzen. Damit verstärkt sie noch die traditionelle liberale Orientierung der britischen Außenwirtschaftspolitik, was in dem seit 1945 bestehenden politischen Zusammenhang bedeutet, die britische Abhängigkeit von den USA zu verstärken und die britische Politik gemäß den Präferenzen der internationalen Institutionen der Weltwirtschaft auszurichten. Nach einer Zeit, in der sich die britische Politik merklich von einer atlantischen in Richtung einer europäischen Orientierung bewegt hatte, schwingt das Pendel nun - zunächst unter Callaghan, dann unter Thatcher - zurück. Die Kalte-Kriegs-Rhetorik der Thatcher, ihre Bereitwilligkeit, die Militärausgaben zu erhöhen, Trident-Raketen zu kaufen und die Pershing II und Cruise Missiles zu stationieren, sowie ihre starke Unterstützung der US-amerikanischen weltpolitischen Strategie im Nahen Osten und in Mittelamerika entsprechen der Ablehnung jeglicher Art von protektionistischen Maßnahmen, der Abschaffung aller Devisenkontrollmaßnahmen sowie einer kämpferischen Politik innerhalb der EG - sowohl hinsichtlich der Haushaltsbeiträge zur Finanzierung des Agrarfonds (CAP) als auch hinsichtlich aller Initiativen zur Schaffung supra-nationaler Einrichtungen innerhalb der EG.

Der Aufstieg des Thatcherismus

Das Versagen aller Versuche, den relativen Niedergang in den 60er Jahren aufzuhalten, schwächte die britischen politischen Institutionen durch die Infragestellung sowohl der Effektivität wie auch der Legitimität der britischen Regierung. Dies geschah auf zwei Ebenen. Unter der Wählerschaft führte die Unzufriedenheit mit der Art der Regierungsausübung nach 1959 zur regelmäßigen Abwechslung der zwei Hauptparteien im Amt und zu einer deutlichen Lockerung der Stärke der Wählerbindung an eine Partei. Die Messung von Wählermeinungen durch Meinungsumfragen und Nachwahlen wurde zunehmend trügerisch.

Diese Ruhelosigkeit in der Wählerschaft wurde begleitet von der Wiederbelebung der ideologischen Polarisierung unter den politischen Aktivisten. Der Konsens zwischen den Par-

teiführungen in den 50er Jahren, der die politische Debatte oft auf die Diskussion von technischen Alternativen ökonomischen Managements beschränkt, begann aufzubrechen. Der Konsens hielt weiter in den meisten Fragen der Außenpolitik, in der Praxis sogar über die EWG und - ebenso bedeutsam - über Ulster, aber in den Fragen des binnenpolitischen Managements schufen die wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten, insbesondere die Beschleunigung der Inflation, die wachsende Steuerlast und die Woge industrieller Militanz zwischen 1968 und 1975 eine zunehmende Polarisierung innerhalb und zwischen den politischen Parteien. Eine Neue Rechte entstand innerhalb der Konservativen Partei, ursprünglich zentriert um Enoch Powell und Gruppen wie den Monday Club, während es in der Labourpartei eine Wiederbelebung sozialistischen Denkens und Engagements gab und die Labourlinke an organisatorischer und politischer Stärke gewann. Was beiden gemeinsam war, war die Ablehnung des sozialdemokratischen Nachkriegskompromisses über den öffentlichen Sektor, die Wohlfahrtsausgaben und die Gewerkschaftsrechte.

Beide, die Neue Rechte und die Labourlinke, hatten schon vor 1974 an Stärke gewonnen, aber der Beginn der Weltrezession verschärfte die ökonomische Krise und polarisierte zusätzlich die politischen Antworten auf sie. Die akkumulierten Schwächen der britischen Wirtschaft wurden nun aufgedeckt, und die Aufgabe ihrer inländischen Heilung erforderte von der Rechten wie der Linken erheblich größere Kraft innerhalb beider Parteiorganisationen. Die Wählerschaft blieb seltsam unberührt. Die politische Krise hat bisher bemerkenswert wenig politischen Umbruch eingeschlossen. Die Bedrohungen der politischen Ordnung durch die industrielle Militanz in den frühen 70er Jahren, durch die nationalistischen Bewegungen in Schottland und Wales und durch die innerstädtischen Unruhen von 1981 sind alle in den Hintergrund getreten. Nur in Ulster gab es einen totalen Zusammenbruch, vergleichbar mit dem ökonomischen Kollaps.

Dies ist der Hintergrund, vor welchem der Thatcherismus bewertet werden muß. Der Begriff selbst ist kontrovers. Er legt ein einheitliches politisches Programm und einen dirigierenden Willen nahe. Er konzentriert sich auf Frau Thatcher und ihre Umgebung, auf ihren Führungsstil und ihre Markenzeichen einer 'Überzeugungspolitik'. Er unterstellt, daß das Jahr 1979 eine wesentliche politische Wasserscheide in Großbritannien war, weil sie die entschiedene Zurückweisung der Sozialdemokratie bedeutete. Aus dieser Sicht stellt der Thatcherismus eine neue Politik dar: der Ausdruck der Neuen Rechten und die Entfaltung einer bewußten Strategie zur Erreichung ihrer langfristigen Ziele.

Die hauptsächliche Gegenseite dazu ist, daß der Thatcherismus überhaupt kein kohärentes Programm darstellt. Viele haben auf den großen Abstand zwischen Frau Thatchers Rhetorik, etwa ihrem beständigen Enthusiasmus für 'viktorianische Werte', und der aktuellen Politik, die die Thatcher-Regierung verfolgt, hingewiesen. Die wirkliche Wasserscheide, so wird argumentiert, ist nicht 1979, sondern 1976 - das Jahr, das durch die entschiedene Abkehr der Labour-Regierung von den radikalen Vorschlägen ihres Manifests und durch die Übernahme der international anerkannten Politik zur Bewältigung der Rezession gekennzeichnet war - was die Kontrolle der Geldmenge als wichtigste Priorität des ökonomischen Managements und jährliche Kassenbudgets zur Kontrolle der öffentlichen Ausgabenpolitik einschloß. Diese Bewegung hin zu einer Politik des 'ökonomischen Realismus', der 'verminderten Erwartungen' und der Quieszenz angesichts steigender Arbeitslosigkeit und fallenden Lebensstandards mußte nicht auf die Thatcher-Regierung warten, die 1979 gewählt werden sollte. Wie die erneuerte atlantische Orientierung in der Außenpolitik war sie schon vollzogen und wirksam. Abgesehen vom Jahre 1979 selbst, vollzog sich der Rück-

gang der Streiks und der Zusammenbruch der Militanz schon unter der Labour-Regierung. Dieser Sichtweise zufolge bestand der hauptsächlichste Unterschied bei der Lösung der Aufgabe der Entwirrung des Knäuels der Sozialdemokratie durch die Konservativen in dem Grad der Überzeugungskraft.

Dennoch: Wenn die Wahl der Thatcher-Regierung nichts anderes war als eine Fortsetzung von Veränderungen, die von Labour initiiert waren, der Thatcherismus hätte wohl kaum die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, die er empfangen hat. Um den Thatcherismus zu verstehen, muß er auf verschiedenen Ebenen analysiert werden, nämlich als Doktrin, als populistische Ideologie und als eine Reihe von Politiken. Gerade als Doktrin erscheint der Thatcherismus in zugespitzter Form als Ausdruck der Ideen der Neuen Rechten. Frau Thatcher selbst hatte sehr wenig mit der Entwicklung dieser Ideen zu tun gehabt, ganz anders als Powell vor ihr, aber sie hat sich zu ihrem Vehikel gemacht, und nach ihrer überraschenden Übernahme der Führung 1975 nutzte sie die großen Machtressourcen, die einem konservativen Führer anvertraut werden, um allmählich die Partei in ihre Richtung zu drängen. Die Konservative Partei war in den letzten zwanzig Jahren mehr durch ideologische Dispute und fraktionelle Bestrebungen gespalten als in irgendeiner Zeit seit 1945. Die Erben der Führungsgruppe, deren Perspektiven durch die Anpassung der Partei an die Sozialdemokratie bestimmt wurden - Macmillan, Butler, Macloed, Heath und Maudling -, wurden vertrieben oder an die Seite gedrängt. Auf der Rechten entwickelte sich eine kohärente strategische Perspektive mit dem Ziel, die Erfolge der Sozialdemokratie umzukehren und wieder eine konservative politische und ideologische Hegemonie zu errichten.

Die Neue Rechte ist jedoch nicht eine einheitliche ideologische Bewegung. Es gibt in ihr mehrere Strömungen, von denen zwei besondere Bedeutung haben - die neo-liberale und die neo-konservative. Die erste, die durch ein Netz von Forschungsinstituten, Teile der Finanzpresse, einige Firmen der City, akademische Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmerverbände wie etwa das Institute of Directors artikuliert wird, konzentrierte die Diskussion auf eine 'Soziale-Markt'-Strategie, um den ökonomischen Niedergang Großbritanniens umzukehren. Solch eine Strategie hat zwei Hauptkomponenten - eine Finanzpolitik, die die Inflation aufhält und solide Geldverhältnisse als Priorität der staatlichen Wirtschaftspolitik wiederherstellt, und am freien Markt orientierte politische Maßnahmen mit dem Ziel, alle 'Härten' aufzuheben, die derzeit die Reinigung von Märkten verhindern, und ebenso die Lasten und Lähmungen zu reduzieren, die hohe öffentliche Ausgaben auf Marktkräfte ausüben. Diese Politiken implizieren einen Bruch mit der Sozialdemokratie, weil sie bedeuten, daß die keynesianischen Ziele, die Wirtschaft so zu steuern, daß Vollbeschäftigung und steigender Lebensstandard gesichert sind, aufgegeben werden. Zentral für die Doktrin der Neuen Rechten ist das Beharren darauf, daß Regierungen keine direkte Verantwortung für das Beschäftigungsniveau und den Grad des Wirtschaftswachstums haben können oder sollten. Die einzige ökonomische Verantwortung, die eine Regierung tragen sollte, besteht darin, die Bedingungen, die für das Funktionieren von Märkten notwendig sind und die die Märkte nicht spontan generieren, aufrechtzuerhalten.

Wenn Regierungen eine solide Geldpolitik verfolgen sollten, dann muß entweder die Kontrolle von Geldmengen aus den Händen der gewählten Politiker genommen werden, oder die Gründe, die Politiker dafür haben, daß sie die Geldmengen rascher wachsen lassen als die Güterproduktion, müssen drastisch zurückgeschraubt werden. Das bedeutet eine erhebliche Reduktion des Vermögens der Regierung und der staatlichen Ausgabenpolitik, um so den Bedarf an Subventionen und an ständigen Erhöhungen der Steuern zu eliminie-

ren. Dies macht die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und von öffentlichen Diensten (einschließlich des Erziehungs- und Gesundheitswesens, aber ausschließlich des Militärwesens) zu einem zentralen Anliegen dieser Strategie. Die Absicht ist, sowohl es den Regierungen zu erleichtern, an einer soliden monetaristischen Politik festzuhalten, als auch die Besteuerungsquote auf ein Niveau von 20 bis 25 % des Bruttosozialprodukts zu senken. Dies, so wird geglaubt, erhöht sowohl die Wahlmöglichkeiten als auch die Anreize für alle Marktkräfte und schafft auf diese Weise eine dynamischere und prosperierendere Wirtschaft.

Aber selbst wenn sich die Regierung aller detaillierter Interventionen in die Wirtschaft enthält und sich selbst auf die Aufrechterhaltung der Rahmenbedingungen individuellen Tauschs beschränkt, können immer noch Härten auftreten, die die freie Konkurrenz verhindern. Von diesen ist die bei weitem wichtigste die 'Monopol'-Macht der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften werden aller direkten Verantwortlichkeit für die Inflation entoben, dafür aber der Schuld an der Arbeitslosigkeit und dem geringen Wirtschaftswachstum bezichtigt. Sie setzen die Preise für Arbeitslose fest und bestehen darauf, die Formen und Beschränkungen der Organisation des Arbeitsprozesses zu bestimmen, die die Steigerung der Produktivität behindern. Das 'Gewerkschaftsproblem' wird deshalb als das zu lösende Kernproblem angesehen, um die Erholung der britischen Wirtschaft zu bewerkstelligen. Die gewerkschaftliche Macht auf dem Arbeitsmarkt und im Betrieb muß entschieden geschwächt werden, um die Profitabilität wiederherzustellen und eine dynamische kapitalistische Wirtschaft wiederentstehen zu lassen.

Die Konzentration auf den Monetarismus in vielen Einschätzungen der Thatcher-Regierung ist allerdings irreführend. Es ist richtig, daß die finanzpolitische Strategie vorrangig war, aber die Ergebnisheit gegenüber einer soliden Geldpolitik wurde von den Thatcher-Anhängern selbst immer als ein Mittel zum Zweck angesehen. Die Erhebung der Geldmengenkontrollen zur Hauptpriorität der Regierung sollte den Konkurrenzdruck, unter dem alle Firmen operierten, erhöhen und die Unternehmensleitungen zwingen, sich ihren Arbeitern in Fragen der Bezahlung und der Organisation des Arbeitsprozesses zu widersetzen - oder dem Bankerott entgegenzusehen. Die Anhängerschaft gegenüber dem Monetarismus reflektierte eine besondere Interpretation des britischen Problems der 'Angebotsseite': daß es der Eingriff der Gewerkschaftsmacht in die Freiheit des Unternehmers, die Akkumulation des Kapitals zu steuern, war, der die Hauptursache für Großbritanniens relativen wirtschaftlichen Niedergang darstellte.

Die Soziale-Markt-Strategie, wie sie von der britischen Neuen Rechten entwickelt wurde, bewegte sich um die Themen einer freien Wirtschaft und einer uneingeschränkten Marktordnung, überwacht und gesichert durch einen starken Staat, der ständig intervenieren sollte, um den Zusammenbruch der Marktprozesse zu verhindern. In dieser Weise zog diese Idee einige sympathisierende Kommentare von mehr libertären Strömungen in der britischen Politik auf sich. Aber die andere wichtige Denkströmung der Neuen Rechten ist die neo-konservative, die viel weniger Gewicht auf den freien Markt und viel mehr auf die Institutionen legt, insbesondere die Familie und den Staat, die die soziale Ordnung und die Form der bürgerlichen Gesellschaft befördern, die den Atomismus des uneingeschränkten ökonomischen Individualismus in Schach hält und die Werte, Institutionen und Verhaltensweisen aufrechterhält, die allein eine um den freien Tausch und das Privateigentum organisierte Ökonomie schützen können. Für die Thatcher-Anhänger wurde die Restauration einer freien Wirtschaft immer als Teil eines weiteren Projekts gesehen, sich der Schwä-

chung der Familie und der gesellschaftlichen Moral entgegenzustimmen und die Autorität der zentralen Institutionen des Staats, insbesondere der Krone, des Gesetzes und des Militärs zu unterstützen. Der Thatcherismus wird manchmal als fremd in den konservativen Traditionen und als ein Rückfall in der Liberalismus des 19. Jahrhunderts beschrieben: Aber die Betonung einer starken Familie, eines starken Staats und einer starken Nation bindet den Thatcherismus an zentrale konservative Anliegen hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Ordnung.

Die reaktionäre Tendenz, die der Thatcherismus der Idee einer sozialen Marktwirtschaft durch die Anwendung von Ideen gibt, die durch Neo-Konservative entwickelt worden sind, ist noch offenkundiger, wenn der Thatcherismus als populistische Ideologie betrachtet wird. Der große persönliche Beitrag von Frau Thatcher für den Thatcherismus war die Überführung so mancher Ideen der Doktrin der Neuen Rechten in einen populistischen Allgemeinplatz über Wirtschaftspolitik, der dann nachhaltig durch die Thatcher-Presse verbreitet wurde. Dies hat die Ressentiments genährt, die Arbeiter gegenüber dem sozialdemokratischen Staat als Konsumenten, Steuerzahler und individuelle Marktagenten fühlen. Aber dies hat ebenso rassistische Antagonismen, Ängste über Freizügigkeit und Verbrechen, Disziplin in den Schulen und nationalen Stolz genährt. Dadurch wurde Härte in der Wirtschaftspolitik mit Härte gegenüber Verbrechen und äußeren Feinden gleichgesetzt.

Der Thatcherismus kann ebenso als eine Reihe von politischen Eingriffen und Errungenschaften analysiert werden. Hier lebt der Thatcherismus zumindest nach seinem Bilde. Die Durchführung eines Sozialen-Markt-Programms durch die erste Thatcher-Regierung war zögernd und langsam, und die Regierung erhielt viel Kritik von seiten ihrer ideologischen Träger. Professor Hayek riet der Regierung öffentlich, einen schnellen Bewegungskrieg gegen die Sozialdemokratie zu führen. Er schlug erstens vor, daß die Inflation sofort angehalten werden sollte - und zwar mit dem Argument, daß sechs Millionen Arbeitslose für sechs Monate besser seien als drei Millionen Arbeitslose für sechs Jahre. Zweitens befürwortete er das Abhalten eines Referendums, um die öffentliche Unterstützung für den Widerruf aller gesetzlicher Privilegien zu bekommen, die den Gewerkschaften durch den Trade Dispute Act von 1906 und sich anschließende Gesetze gegeben worden waren.

Die Regierung folgte einem ganz anderen Kurs. Trotz ihres Rufs für Unerbittlichkeit und Härte erwies sie sich als vorsichtig, flexibel und pragmatisch. Sie formalisierte ihre Finanzpolitik 1980 in einer mittelfristigen Finanzstrategie, die Ziele für die Geldmenge für eine Vierjahresperiode ebenso wie Pläne für öffentliche Anleihen ankündigte. Die Glaubwürdigkeit dieser Strategie wurde durch die Bereitschaft der Regierung bekräftigt (am deutlichsten im Budget von 1981), die Zinsraten und Steuern anzuheben, sobald die Zielgrößen überschritten zu werden drohten. 1982 wurde die Regierung jedoch gezwungen, die Zielgrößen nach oben zu revidieren.

Der Zwang zu einer strafferen Finanzpolitik entstand zur Zeit der zweiten Anhebung des OPEC-Ölpreises und den Anfängen der zweiten Weltrezession seit 1974. Aufgrund des neuen Status Großbritanniens als ein Hauptölproduzent bestand die Wirkung der hohen Zinsraten in Großbritannien und des Steigen des Ölpreises darin, das Pfund im Vergleich zu den ausländischen Währungen auf ein sehr hohes Niveau zu heben (gegen den Dollar kam es zu einem Kurs von fast 2.40). Dies beschleunigte und intensivierte die Rezession in Großbritannien und führte zu weit mehr Bankrotten und zu einer viel größeren Entlassung von Arbeitskräften, als die Regierung es erwartet hatte. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich auf mehr als drei Millionen.

Die Tiefe der Rezession und das Wachstum der Arbeitslosigkeit machte die Durchführung anderer Teile der Strategie äußerst schwierig. Um das Wachstum der Arbeitslosigkeit abzufangen, sah sich die Regierung gezwungen, einige der am härtesten getroffenen Sektoren der britischen Industrie wie British Leyland und British Steel zu schützen, anstatt sie bankrott gehen zu lassen. Die Kosten dieser Subventionen, insoweit sie zu den Kosten der zusätzlichen Arbeitslosen wie auch zu den wachsenden Kosten für Verteidigung und Polizei hinzugezählt werden, verursachten ein erhebliches Steigen der öffentlichen Ausgaben. Um die Vertrauenswürdigkeit der Finanzstrategie aufrechtzuerhalten, mußten die Steuern angehoben werden. Anstatt eine wesentliche Restrukturierung des öffentlichen Sektors und der großen Anteile von Ausgaben für einige Gebiete in Gang zu setzen, versagte die Regierung vollkommen in ihren Versuchen, entweder die öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt zu reduzieren oder die Steuern zu senken. Beide waren 1983 höher als 1979.

Auch die Politik gegenüber den Gewerkschaften war vorsichtig. Die Regierung machte bei Gelegenheit einen Schritt vorwärts, indem sie eine Gesetzgebung einführte, die die legalen Immunitäten der Gewerkschaften reduzierte, Streikwachen und Betriebsschließungen einschränkte und bestimmte Streikarten illegalisierte, aber sich nicht zu einem gänzlichen Widerruf der gewerkschaftlichen Rechte verstieg. Die neue Gesetzgebung entzündete nicht jene Art von Widerstand, der von dem Industrial Relations Act 1971 ausging, und war weniger bedeutsam für die Schwächung der Militanz und der gewerkschaftlichen Macht als die Rezession selbst.

Aber obwohl die Erfolge mager waren, unterschied sich die Thatcher-Regierung von früheren Regierungen - sowohl von Labour wie den Konservativen - darin, daß die dominante Gruppe im Kabinett eine strategische Konzeption teilte, was die Regierung erreichen sollte, und Rückschläge lediglich als zeitweilige taktische Niederlagen einstufte. Der Sinn für die Ausrichtung der Politik, die durch die Thatcher-Regierung verfolgt wird, ist mächtiger als in irgendeiner vorherigen Regierung in Großbritannien, und dies ist der Wählerschaft vermittelt worden. Das Engagement der Thatcher-Anhänger, solide Geldverhältnisse wiederherzustellen, öffentliche Ausgaben und Steuern zu senken, öffentliche Unternehmen und Wohlfahrtsdienste zu privatisieren und die Macht der Gewerkschaften zu beschneiden, hat nicht nachgelassen. Die Thatcher-Anhänger sind sich einiger Hindernisse für ihre Pläne bewußter geworden, aber ihre Reaktion bestand darin, Wege zum Wegräumen dieser Hindernisse zu finden, und nicht darin, mit ihnen zu leben.

Aber trotz ihrer Behutsamkeit waren die Auswirkungen der Thatcher-Politik auf die britische Wirtschaft immer noch außerordentlich dramatisch. Die Ergebnisse eines mutigeren Vorgehens kann man sich kaum vorstellen. Tatsächlich verdoppelte sich in den letzten vier Jahren die Arbeitslosigkeit um mehr als zwei Millionen. 40% der Jugendlichen unter 25 waren ohne Arbeit; ein Sechstel davon Schwarze, ein Zehntel davon Weiße. Das Bruttosozialprodukt fiel um 4%, der Produktionsumfang um 19%, und die Betriebsinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe fielen um 36%.

Die britische Industrie wurde als Folge der Änderung des Wechselkurses zumindest um 20% weniger konkurrenzfähig. Die Steuerlast wurde zur bisher höchsten, die Kosten der Arbeitslosigkeit im Sinne der verlorenen Steuern und der geleisteten Unterstützungszahlungen wurde auf 17 Milliarden Pfund jährlich berechnet. 1982 wurden 12000 Unternehmen liquidiert, die bisher höchste Zahl. Mehr Fertigwaren wurden importiert als exportiert - bisher zum erstenmal. Sektoren wie Elektrotechnik, Fahrzeuge, Textilien und Klei-

dung wiesen einen Zuwachs des Importpenetrationsgrades von mindestens 20% auf. Investitionen im Ausland stiegen dramatisch an - 35,4 Milliarden Pfund wurden im Ausland investiert. Während dieser vier Jahre erlebte Großbritannien die höchste Arbeitslosigkeit irgendeiner kapitalistischen Wirtschaft (abgesehen von Spanien), das höchste Wachstum der Arbeitslosigkeit und die größten Preissteigerungen (abgesehen von Italien, Spanien und Frankreich). 1983 fiel die Inflationsrate auf einstellige Ziffern, aber dies war der einzige Erfolg der staatlichen Wirtschaftspolitik und wurde offenkundig auf sehr hohen Kosten der Wirtschaft errungen.

Der Thatcherismus und die Klasseninteressen

Dies legt die Frage nahe - welchen Interessen dient der Thatcherismus? Es gibt beträchtliche Meinungsverschiedenheiten über die Rationalität des Thatcherismus und über die Identifikation der Klasseninteressen, denen er dient. Eine gängige Idee ist, daß die Neue Rechte ein Instrument in den Händen partikularer Klassen oder Klassenfraktionen darstellt, dazu bestimmt, ihre Interessen zu fördern - etwa die der kleinen Geschäftsleute oder der Finanzinstitutionen der Londoner City. Die Beweiskraft für solche Theorien ist gering. Frau Thatcher verdankt ihre Wahl und ihren anschließenden Erfolg nicht irgendeiner 'poujadistischen' Massenmobilisierung von Laden- und Garagenbesitzern, noch weniger von Bankiers und Börsenmaklern, und obwohl sie die Tochter eines Lebensmittelhändlers ist, ist der soziale Hintergrund der Hauptführer der Neuen Rechten davon doch sehr unterschieden. Die Ideologie der Neuen Rechten, obgleich unzweifelhaft kleinbürgerlich in ihrem Stil und in vielen ihrer Themen, ist in keiner Weise unvereinbar mit dem Großkapital. Ebenso hat niemand zeigen können, wie das Bankkapital direkt seine angebliche Dominanz über die Konservative Partei ausübt. Ein komplexes politisches Phänomen wie der Thatcherismus muß auf vielen Ebenen betrachtet werden, von denen seine Beziehung zu identifizierbaren Klassenfraktionen und ihrer unmittelbaren Interessen nur eine und kaum die wichtigste ist.

Erheblich fruchtbarer sind die Sichtweisen, die den Thatcherismus als politische Strategie behandeln, als eine Antwort der Rechten auf das politische Patt, das ihres Erachtens den Kern der britischen Krise ausmacht. Die Arbeiterklasse war in den 60er und 70er Jahren in der Lage, ihre industrielle Stärke erfolgreich zu nutzen, um wiederholte Versuche, die Wirtschaft und den Staat in eine für das private Kapital günstige Richtung zu lenken, nichtig zu machen; sie ließ jedoch die politische Stärke vermissen, eigene Lösungen durchzusetzen. Der Thatcherismus wird als ein verzweifelter letzter Schlag der Rechten interpretiert, als ein abschließender Versuch, die Tory-Wahlkoalition durch eine weitreichende Mobilisierung zusammenzuhalten. Aber er ist zum Scheitern verurteilt, weil ihr Programm einer Umkehr des Niedergangs - die Soziale-Markt-Strategie - als ökonomisch irrational angesehen wird, gegründet auf eine Wiederkehr von laissez-faire-Ideen über Märkte und Geldmengen aus dem 19. Jahrhundert, die völlig unangemessen für die Steuerung einer komplexen modernen Industriewirtschaft und gegen die objektiven Interessen der industriellen und manufakturiellen Sektoren des britischen Kapitals gerichtet sind. Sein Ergebnis ist die Vernichtung der industriellen Basis der Wirtschaft, der Zusammenbruch der Beschäftigung und die Intensivierung der staatlichen Fiskalkrise. Die ständige Anwendung dieser Strategie muß, so wird argumentiert, entweder in der Aufhebung der Demokratie oder in der Ra-

dikalisation der Arbeiterklasse und dem Triumph des Sozialismus enden. Eine andere Variante argumentiert, daß, wie immer ökonomisch irrational sie auch scheinen mag, sie politisch in der Beschleunigung einer Krise äußerst rational ist, weil die Intention nicht in der unmittelbaren Wiederbelebung des britischen Kapitalismus besteht, sondern in der Zerstörung der Macht der organisierten Arbeiter und der Institutionen der sozialen Demokratie, um auf diese Weise eine sicherere Basis für eine zukünftige kapitalistische Expansion zu schaffen. Aber vor 1982 wurden die Erfolgsaussichten dieser Strategie gering erachtet, und zwar aufgrund der Hindernisse, die sich dem Thatcherismus in der Durchführung seines vollen Programms entgegenstellten, und aufgrund der Wahrscheinlichkeit, daß die industrielle Militanz sich wiederbeleben würde, sobald die ökonomische Erholung beginne. Den Thatcherismus als politische Strategie zu betrachten, seine Ziele und Intentionen und die vorgeschlagene Politik, um sie zu realisieren, zu bestimmen und seine Rationalität und Aussichten im Verhältnis zu den weiteren zu seinem Erfolg notwendigen Bedingungen abzuwägen, ist eine wertvolle und wichtige Sichtweise. Aber sie kann allzuleicht zu optimistischen Schlüssen über die Stärke der Opposition gegen den Thatcherismus führen. Was ebenso getan werden muß, ist, zu verstehen, warum der Thatcherismus auf der Ebene des Volksbewußtseins funktioniert, dessen einer Ausdruck Wahlstrategien sind. Diese Sichtweise betrachtet den Thatcherismus als einen zunehmend erfolgreichen Versuch, einen neuen reaktionären Konsens, organisiert um die Themen eines autoritären Populismus, zu schmieden. Diese neue Politik ist populistisch, weil sie versucht, das 'Volk' auf einer großen Bandbreite von Fragen zu mobilisieren, und sie ist 'autoritär', weil sie Unterstützung für Lösungen von rechts herstellt. Von diesem Standpunkt ist der Glaube, daß früher oder später die Massenarbeitslosigkeit und das Scheitern des Wirtschaftsprogramms von Frau Thatcher spontan eine Radikalisierung der Wählerschaft aus der Arbeiterklasse bringen wird, ernstlich fehlgeleitet. Dies darum, weil die Neue Rechte die Initiative ergriffen und die Wege zu definieren unternommen hat, auf denen eine ganze Reihe von Fragen - Erziehung, Gesetz und Ordnung, Immigration, Gewerkschaften und öffentliche Unternehmen - bestimmt werden. Am wirksamsten von allem in diesem Populismus war die Identifikation der Neuen Rechten mit einem gegen einen 'Machtblock' reichenden Volk, der für die britische gesellschaftliche und ökonomische Krise verantwortlich gemacht und erfolgreich mit den Institutionen der Sozialdemokratie und der Bürokratisierung des öffentlichen Sektors identifiziert wurde. Die Gewinnung eines populären Konsens für Lösungen und Sichtweisen der Neuen Rechten in dieser Periode der ökonomischen und politischen Krise kontrastierte mit der Schwächung der Sozialdemokratie und der Verbindung zwischen der Wählerschaft aus der Arbeiterklasse und ihrer politischen Partei, der Labourpartei.

Der Falkland-Krieg

Der Thatcherismus war immer eine Strategie mit hohem Risiko, weil die Thatcher-Anhänger von Anbeginn an wußten, daß zumindest 10 Jahre in der Regierung und vielleicht insgesamt 15 oder 20 Jahre notwendig sein würden, um entschieden die Parameter der Politik in Großbritannien zu verändern. Gegen Ende 1981 wurden die Thatcher-Anhänger isoliert, und das Thatcher-Experiment schien sicher zu scheitern. Die ökonomische Bilanz war damals die schlechteste aller Regierungen seit 1945, es gab offenen Dissens im Kabinett über die Weisheit der Thatcherschen Wirtschaftspolitik, und eine neue Partei, die SDP,

war von der Labourpartei weggebrochen und brachte nach der Formierung einer Allianz mit den Liberalen durch Wahlsiege einen Hauch von Sensation ins Geschehen. Eine nicht-sozialistische Alternative zu den Konservativen schien zu entstehen, und ein großer Teil der konservativen Stimmen, wovon 50% immer von Arbeitern stammten, schien äußerst unsicher geworden.

1981 schien der Zustand der Wirtschaft die Konservativen sicher zur Niederlage zu verurteilen, so wie schon die vier vorhergehenden Regierungen ihre Niederlage hauptsächlich der ökonomischen Entwicklung verdankten. Aber sie konnten die politische Initiative aufgrund der außerordentlichen Gelegenheit und Geschehnisse des Falkland-Konflikts zurückgewinnen. Ein militärisches Abenteuer, das Frau Thatchers politische Karriere ebenso wie das Abenteuer von Suez die Karriere Edens zerstören hätte können, wurde stattdessen in einen großen innenpolitischen Triumph verwandelt. Die von Frau Thatcher verfolgte Strategie beinhaltete große Risiken und hätte ohne die Unterstützung der EG und der USA ebenso wie der von Labour und der Allianz nicht versucht werden können. Sie erlaubte Frau Thatcher, die begehrte Rolle der Kriegsführerin anzunehmen, und der Krieg wurde zu Frau Thatchers Krieg. Es war eine Rolle, die genau ihrem politischen Stil entsprach. Ihr politisches Talent besteht in der Verkündung der größten Gemeinplätze, und der Krieg gab ihr die beste Gelegenheit, es zu entfalten.

Das Resultat war, daß sowohl Frau Thatcher als auch der Thatcherismus aus dem Südatlantik mit erneuerter Kraft hervorging. Kritiker von Frau Thatcher innerhalb ihrer eigenen Partei wurden isoliert, und ihre Position in ihrer Partei wurde uneinnehmbar. Bedeutsamer noch als die unmittelbare Folge des Falkland-Krieges für die Wahlen war der Zusammenbruch der Herausforderung durch die Allianz. Ihr Stimmenanteil wurde auf 21% halbiert. Die Allianz hörte auf, Nachwahlen zu gewinnen und damit auch als ernsthafte Alternative zu den Konservativen zu erscheinen. Die Konservativen erwiesen sich einmal mehr als die nationale Partei, indem sie das Thema der nationalen Identität weit eingehender orchestrierten als der Appell an die Eine Nation, wie ihn die Allianz vortrug. Der Anspruch der Allianz, ein besserer Repräsentant des nationalen Interesses als die Konservativen zu sein, hängt mit ihrer Wahrnehmung als der besseren Wirtschaftsmanager zusammen, frei von Verstrickungen mit Klasseninteressen, sei es Kapital oder Arbeit, und fähig, 'gesunden Menschenverstand' und 'Unparteilichkeit' für die Aufgabe der Reformierung der britischen Institutionen und der Modernisierung der britischen Ökonomie mitzubringen. Der Falkland-Konflikt veränderte abrupt das Kriterium, mit dem eine große Zahl der Wählerschaft eine kompetente nationale Führung beurteilte. In diesem neuen Wettbewerb hatte die Allianz sehr wenig anzubieten.

Die Aussichten des Thatcherismus

Welche Strategie wird die Regierung in ihrer zweiten Runde einschlagen? Das konservative Manifest selbst hilft wenig bei der Entscheidung, was die Tories tun könnten. Es ist äußerst vage gefasst, mit wenigen spezifischen Handlungsorientierungen überhaupt versehen. So gibt es keine Ziele für die Rate der Inflation, die Entwicklung der Steuern oder die Beschränkung der öffentlichen Ausgaben. Die einzig spezifischen Vorschläge gehören weniger zu einer speziellen Strategie der Schaffung einer sozialen Marktwirtschaft als zu einem Versuch, die Institutionen, auf denen die politische und sich in Wahlen ausdrückende Stär-

ke der Labourbewegung beruht, weiter zu unterminieren. Das Manifest schlägt die Abschaffung der metropolitanen Ratsversammlungen, die legale Beschneidung der Gemeindeabgaben, weitere Versuche der Reduktion der Anzahl der Ratsmitglieder, die Privatisierung der wichtigsten nationalisierten Industrien ebenso wie vieler öffentlicher Dienstleistungen und die Reform der internen Verfahrensregeln der Gewerkschaften vor.

Wenn alle diese Vorschläge durchgeführt wären, würde der kumulative Effekt auf die Labourpartei vernichtend sein. Die Freiheit der lokalen Labour-Räte, über die Ausgabeprioritäten zu entscheiden, würde weiter beschnitten, die finanziellen Ressourcen der Labourpartei würden reduziert werden, die Anzahl der Ratsmitglieder würde sinken und der öffentliche Sektor, in dem so viel Unterstützung für Labour derzeit konzentriert ist, würde verkleinert werden. Das Ziel der Tories scheint zu sein, Labour in eine ständige Minderheitenposition drängen zu helfen, aus der sie nicht mehr herauskommen kann. Die Gefahr aus der Sicht der Konservativen ist, daß sie zu erfolgreich sein könnten und die Gründe beseitigen könnten, die die Tory Partei in den letzten sechzig Jahren stark gemacht haben. Der Thatcherismus braucht glaubwürdige Dämonen im Inland wie im Ausland, um florieren zu können.

Das Ergebnis der 1983er Wahlen bedeutet, daß die Neue Rechte den Kampf in der Formierung des neuen Konsens über den Rahmen der politischen Antworten auf die Rezession gewonnen hat. Die neue Tagesordnung der staatlichen Politik wird ihre Prioritäten reflektieren, und die Oppositionsparteien werden, zumindest für eine gewisse Zeit, in ihren Sog kommen. Die Gelegenheit, eine plausible sozialistische Alternative abzustecken, ist stark vermindert worden. Die alternative Wirtschaftsstrategie der 70er Jahre war ein Versuch, einen Rettungsplan für die nationale Wirtschaft zu entwerfen, der ebenso die institutionelle Basis der Labourbewegung bewahrt und erweitert und eine andere Tagesordnung für die Restrukturierung der Wirtschaft während der Weltrezession aufgestellt hätte. Angewandt mit der gleichen Bestimmtheit, die das Thatcher-Experiment charakterisiert hat, hätte es die Aussichten für die britische Wirtschaft und die Labourbewegung verändern können. Aber seit 1975/76 ist der Monetarismus im Aufstieg begriffen, und orthodoxe Lösungen für die gekoppelten Probleme des Niedergangs und der Rezession werden seither verfolgt. Die Priorität, die den Arbeitsplätzen und Preisen, der Rolle des öffentlichen Sektors und der organisierten Arbeiterbewegung und der Nutzung der Nordseeöleinkommen gegeben werden sollte - alle diese und viele andere Fragen sind entschieden worden. Die institutionelle Position der britischen Labourbewegung ist erheblich geschwächt worden, und es scheint nun, daß sie das Hauptopfer des Niedergangs sei. Dies ist nicht nur eine Frage des Verschwindens so vieler traditioneller Industriezweige und die daraus folgende massive Reduktion der Beschäftigung in Schlüsselindustrien wie Stahl, Autos, Maschinenbau, Schiffsbau und Kohle. In dem Maße wie die monetaristische Politik angewandt zu werden begann, wurde die Notwendigkeit für drittelparitätische Strukturen, die die Gewerkschaften zumindest auf nationaler Ebene in wirtschaftlichen Entscheidungen miteinschloß, vermindert. Der öffentliche Sektor kam als die Quelle der Verschwendung und Ineffizienz, als die Hauptlast, die durch Besteuerung auf dem Reichtum produzierenden Sektor lastet, unter ständigen Beschuß.

Die Restrukturierung der britischen Wirtschaft, die ein so charakteristischer Zug der letzten zehn Jahre war und durch den relativen wirtschaftlichen Niedergang und die Weltrezession notwendig gemacht wurde, wurde gesteuert durch die politischen Prioritäten der Neuen Rechten, nicht durch die Sozialdemokratie. Deindustrialisierung, Massenarbeitslos-

sigkeit, fallende Gewerkschaftsmitgliedschaft und die Reorganisation des öffentlichen Sektors sind alles deren Folgen. Es bedeutet, daß ein ganz neues politisches Terrain entsteht. Die alten Bastionen der Labourbewegung sind nicht genommen, sondern schlicht umgangen worden. Die neuen, 'gewerkschaftsfreien', kapitalintensiven Kleinindustrien des Informationstechnologiesektors und des Dienstleistungssektors, die entlang der multinationalen britischen Riesen entstehen, schaffen eine Sozialstruktur und ein Beschäftigungsmuster in vielen Bereichen des Landes, die bisher außerhalb der traditionellen Labourpolitik geblieben sind.

Die Hinwendung zu den Konservativen 1983 verdankte viel den weitverbreiteten Gefühlen unter vielen ihrer Wähler, daß es keine gangbare Alternative gibt und daß das Schlimmste der Rezession vorüber war. Dies ist kein Alibi, das die Konservativen unbegrenzt verwenden können. Wenn ihre Unterstützung erhalten bleiben soll, dann muß die wirtschaftliche Erholung grundlegend sein. Die Beweiskraft für die zugrundeliegende Stärke der Wirtschaft bleibt uneinheitlich: Die Produktivität ist vorangekommen, aber es gibt noch keinen Beweis für einen ständigen Anstieg; Binneninvestitionen durch fremde Multis sind immer noch ein kleiner Teil dessen, was die Regierung gern hätte, und die sehr gerühmten neuen Industrien haben immer noch nur einen zerbrechlichen Anteil auf den Weltmärkten. Die Kapitalisten mögen noch nicht das Land verlassen, aber das Kapital tut es gewiß. Wenn die Erholung stockt und neuer Druck ausgeübt werden muß, würden die Optionen, die die Regierung ins Auge fassen kann, äußerst begrenzt sein. Die Fähigkeit irgendeiner britischen Regierung, eine unabhängige Politik zu verfolgen, ist eng gesteckt. Die Herstellung solider Geldverhältnisse als dem Hauptziel der Stabilisierungspolitik, die Erlaubnis der freiesten möglichen Bewegung von Gütern und Kapital, die Minderung des internen Schutzes und der Subventionen der Industrie überläßt die britische Wirtschaft ihrem geschwächten Zustand, auf Gnade und Ungnade den weltwirtschaftlichen Entwicklungen ausgeliefert, über die britische Regierungen keine Kontrolle haben.

Wenn eine durchgreifende Erholung in den nächsten vier Jahren erfolgt, dann werden die Konservativen eine große politische Vertrauenswürdigkeit gewonnen haben. Aber die Erholung wird hauptsächlich der metropolitanen Wirtschaft des Südens zugutekommen. Es gibt große Teile der britischen Wirtschaft und der britischen Bevölkerung in den alten Industriegebieten, dem Hinterland der bevölkerteren und prosperierenderen Hauptstadt, die sie kaum spüren werden. Diese Spaltung der Wirtschaft und der Bevölkerung wurde stillschweigend durch die Konservativen akzeptiert, die jetzt zum überwiegenden Teil die Partei der Hauptstadt und ihrer ländlichen Anhängsel ist.

Die 83er Wahl war keine Krisenwahl - die Gesamtproduktion fiel, es gab keine Gewalt und wenig Aufregung. Aber die Anspannungen, die durch den langen Niedergang hervorgerufen wurden, bleiben. Die Konservativen haben gezeigt, daß sie eine Mehrheit der Stimmen in dem metropolitanen Kernland Großbritanniens mobilisieren können. Aber sie haben noch nicht gezeigt, daß sie den Niedergang selbst aufhalten können.

Literatur

- Sam Aaronovitch, *The Road from Thatcherism*, 1982
Andrew Gamble, *Britain in Decline*, 1981
Andrew Glyn & John Harrison, *The British Economic Disaster*, 1980
Ian Gough, *The Political Economy of the Welfare State*, 1979
Stuart Hall & Martin Jacques eds., *The Politics of Thatcherism*, 1983
Eric Hobsbawm, *The Forward March of Labour halted?*, 1981
Geoff Hodgson, *Labour at the Crossroads*, 1981
Bill Jordan, *Mass unemployment*, 1982
Tom Nairn, *The breakup of Britain*, 1981
Sidney Pollard, *The Wasting of the British Economy*
New Socialist, *Thatcher's Britain*, 1983
Journals: *Capital and Class*, *International*, *Marxism Today*, *New Left Review*, *New Socialist*